

1 **A1**

2

3 **Antrag**

4

5 **AntragsstellerIn:** BAG-SprecherInnen

6

7 **Gegenstand:** Für ein Klima der Gerechtigkeit

8

9 **Antragstext**

10

11

12

13 **Für ein Klima der Gerechtigkeit !**

14

15 **COP 21: Durch Paris auf den richtigen Pfad kommen!**

16

17 Die Klimakrise ist das Ergebnis eines gigantischen Systemversagens und des Scheiterns
18 globaler Kooperation. Sie verstärkt Ungleichheiten weltweit und trifft die Ärmsten der Armen
19 am Stärksten. Die Auswirkungen wie Hochwasser, Meeresspiegelanstieg, Wetterextreme,
20 Dürren, Stürme und Hitzewellen stellen vor allem fragile Staaten und Entwicklungsländer
21 vor enorme Herausforderungen. Gewalttätige Konflikte um Ressourcen, Lebensraum,
22 Wasser und soziale Ungleichheit nehmen global zu: Heute sind über 60 Millionen Menschen
23 auf der Flucht, mehr als jemals zuvor. Die Klimakrise wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger.
24 Sie stellt eine Gefährdung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte großer und
25 besonders verwundbarer Bevölkerungsgruppen im globalen Süden dar. Zudem bedroht die
26 Klimakrise weltweit Artenvielfalt und Ökosysteme und damit auch unser aller
27 Lebensgrundlagen. Je später wir entschieden gegen Klimaerwärmung handeln, desto
28 größer werden die Herausforderungen, vor denen auch unsere offenen und demokratischen
29 Gesellschaften stehen.

30

31 Die Verantwortung für die Ursache und Leiden unter den Auswirkungen sind fast genau ins
32 Gegenteil verkehrt, da der Anteil der Industriestaaten an der CO₂-Anreicherung in der

33 Atmosphäre auf 80 Prozent geschätzt wird. Dass die globalen Lasten und Risiken des
34 Klimawandels auf der einen und die Verantwortung dafür auf der anderen Seite sehr
35 ungleich verteilt sind, macht deutlich, dass die Klimakrise eine globale Gerechtigkeitsfrage
36 darstellt, die sich nicht auf die Verteilung von Emissionsrechten verkürzen lässt. Wir Grüne
37 wollen echte Klimagerechtigkeit! Doch diese lässt sich nur durch einen Paradigmenwechsel
38 hin zu einer sozial-ökologischen Transformation nach dem völkerrechtlichen Prinzip der
39 geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten erreichen. Unser Ziel ist ein
40 solidarischer Wohlstand für alle, der im Einklang mit den ökologischen Grenzen des
41 Planeten steht.

42

43 Die Klimakrise abzumildern muss die Priorität nationaler und internationaler Politik sein. Wir
44 begrüßen, dass die Staaten sich in der Erklärung zur Agenda 2030 darauf geeinigt haben,
45 die Erderwärmung auf 2,0°C – besser wären jedoch 1,5 °C – zu begrenzen. Diese Erklärung
46 muss Grundlage bei den Klimaverhandlungen in Paris sein. Nur so können die
47 Verhandlungen zu einem Meilenstein für die dringend notwendige Weiterentwicklung der
48 internationalen Klimaarchitektur und der Transformation hin zu einer Weltwirtschaft
49 basierend auf erneuerbaren Energien werden. Unser Leitbild ist eine CO₂-neutrale Welt zur
50 Mitte des Jahrhunderts. Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden - hier in
51 Deutschland, in Europa und weltweit!

52

53 Wenn die Klimaerwärmung fortschreitet, gibt es keine Gewinner mehr. Im Gegenteil: Die
54 Konflikte um Energieressourcen, Rohstoffe, Lebensmittel und Wasser werden weiter
55 zunehmen und viel mehr Menschen gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen.

56

57 Wir fordern die Staats- und Regierungschefs daher zu einem völkerrechtlich verbindlichen
58 Abkommen auf: Ziel muss sein, die Erderwärmung auf maximal 2,0°C – besser wären
59 jedoch 1,5 °C – zu begrenzen und bis 2050 die globale Energieversorgung und
60 Weltwirtschaft von fossilen Emissionen zu dekarbonisieren. Die maximale Gesamtmenge
61 an Treibhausgasemissionen ist festzuschreiben und auf die Staaten, unter Berücksichtigung
62 ihrer Bevölkerungszahl sowie ihren historischen Emissionen und ihren Fähigkeiten
63 aufzuteilen. Jedes Land muss seine Ziele in öffentliche, transparente Klimaschutzpläne
64 fassen. Dabei muss sichergestellt werden, dass das die Staaten entsprechend ihren
65 gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen
66 Fähigkeiten Emissionsreduktionen unternehmen.

67
68 Staaten die über ihrem Budget emittieren, müssen in einen UN-Fonds für Klimaschutz und
69 Klimaanpassung insbesondere in den "Least Developed Countries" einzahlen, so dass die
70 in Kopenhagen zugesagten 100 Milliarden Dollar jährlich ab 2020 aufgebracht werden. Dazu
71 haben die Staats- und Regierungschefs der für die Klimakrise maßgeblich verantwortlichen
72 Staaten die Pflicht, die nötige öffentliche finanzielle Unterstützung anzubieten, zusätzliche
73 private Gelder zu mobilisieren und die Kapazitäten zur Mittelverwendung zu verbessern. Die
74 neue Klimaschutzarchitektur muss zudem einer konstanten Überprüfung durch die UN
75 unterliegen und mindestens alle fünf Jahre Raum für Korrekturen nach oben bieten.

76
77 Die Technologien für die große Transformation sind schon entwickelt und haben darüber
78 hinaus Potential noch günstiger zu werden. Erneuerbare Energien stehen in jedem Land
79 dezentral und dauerhaft zur Verfügung. Daher können mit der vermehrten Nutzung dieser
80 Energiequellen Konflikte um Energierohstoffe vermieden und gesellschaftliche Stabilität
81 gefördert werden. Es werden erste Schritte zur völkerrechtlichen Anerkennung von Flucht
82 vor Klimaverschlechterungen und ihren Folgen beschlossen.

83

84 **Globale sozial-ökologische Transformation durch eine Post-2015Agenda**

85

86 Der Aufbau einer kohlenstoffarmen Wirtschaft muss jetzt beginnen. Hierfür müssen die
87 reichen Staaten ihre Verantwortung annehmen und die armen Länder durch Transfers von
88 Technologie, Know-How und Entwicklungsgeldern für klimabedingte
89 Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Umbau zu einer nachhaltigen
90 Wirtschaftsweise unterstützen. Denn viele Lösungen existieren bereits: die erheblich
91 gesunkenen Kosten der Erneuerbaren Energien ermöglichen es jeder Volkswirtschaft, ihren
92 Energiebedarf ohne gesundheits-, umwelt- und klimaschädliche Emissionen zu decken. Wir
93 treten dafür ein, Klimaschutzaspekte als Querschnittsaufgabe im Feld der
94 Entwicklungszusammenarbeit zu verankern. Notwendige Einzahlungen in den Green
95 Climate Fund, welcher v.a. transformative Projekte stärken muss, sind separate
96 Verpflichtungen, sie haben keine Auswirkungen auf die finanziellen Verpflichtungen im
97 Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

98

99 Mit der „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ haben die UN-Mitgliedstaaten einen
100 wichtigen Durchbruch in diese Richtung erreicht. Die 17 Ziele der Agenda formulieren

101 Anforderungen, die sich an alle Staaten richten. Um Armut und Hunger zu beenden, muss
102 auch Deutschland für die gesamte Agenda bei Zielen wie nachhaltiger Energie, Infrastruktur,
103 und Urbanisierung sowie nachhaltigem Konsum und Wachstum ambitionierte
104 Umsetzungspläne vorlegen und entschlossen voran gehen. Wir fordern, dass die
105 Bundesregierung die Nachhaltigkeitsziele zur Richtschnur für ihr Regierungshandeln macht
106 und alle Ressorts verpflichtet ihre Politik kohärent an diesen Zielen zu orientieren. Dazu
107 legen alle Ressorts verbindliche Umsetzungspläne vor und über deren Umsetzung wird
108 regelmäßig umfassend und öffentlich berichtet. Auch bei den Verhandlungen in Paris soll
109 Deutschland für eine ehrgeizige Umsetzung der Sustainable Development Goals eintreten.
110

111 *Investitionen intelligent finanzieren*

112 Investition in Klimaschutz ist keine Bedrohung für den Wohlstand, sondern der einzig
113 nachhaltige Weg, um ihn zu erhalten und zu mehren. Egal ob in Deutschland, Griechenland
114 oder im Globalen Süden: Die Energiewende bringt langfristig günstige Energie im
115 Gegensatz zur fossilen Abhängigkeit ebenso wie im Gegensatz zu den hohen Risiken und
116 unkalkulierbaren Folgekosten nuklearer Energieerzeugung. Durch die Energiewende
117 entstehen neue Geschäftsfelder und Chancen für Menschen und Regionen. Wir setzen auf
118 einen „Green New Deal“, der neben Grünen Investitionen und einer sozialen Flankierung
119 auch die Einnahmeseite nicht vergisst. Deshalb fordern wir weltweite Steuergerechtigkeit,
120 damit die Konzerne ihren fairen Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens und der
121 Transformation unserer Wirtschaft und Energieversorgung übernehmen. Zudem muss eine
122 anspruchsvolle Finanztransaktionssteuer mit einer breiten Steuerbasis eingeführt werden.
123 Diese belastet insbesondere den volkswirtschaftlich unsinnigen Hochfrequenzhandel und
124 beteiligt die Finanzindustrie an den dringend notwendigen Investitionen für europäische und
125 globale Gerechtigkeit sowie für den Klimaschutz. Genauso wichtig wie die finanzielle
126 Förderung neuer Technologien und Innovationen ist der sofortige Abbau klimaschädlicher
127 Subventionen

128 Für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung in den Ländern des Globalen Südens muss
129 aber auch die Bundesregierung endlich einen transparenten und realistischen Aufholplan
130 vorlegen, mit dem das Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit
131 bereitzustellen, bis spätestens 2020 erreicht werden kann. Derzeit geben die G20 Staaten
132 über 1.000 US-Dollar pro Kopf für Subventionen in den fossilen Energiesektor aus. Umwelt-
133 und Gesundheitsschäden, die durch die fossile Energienutzung entstehen, werden so gut
134 wie nie in den Kosten der fossilen Treibstoffe mit einberechnet. Diese Differenz überschreitet

135 inzwischen selbst die gesamten weltweiten Ausgaben für gesundheitspolitische
136 Maßnahmen. Damit müssen wir Schluss machen!

137

138 Für Klimaschutz, Anpassung und den Ausgleich von Klimawandelschäden und -verlusten
139 braucht es innovative Finanzierungsquellen. Nur 90 fossile Produzenten sind für zwei Drittel
140 der globalen Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich. Es muss geprüft
141 werden, wie diese Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden können. Für die
142 Zukunft fordern wir einen internationalen Umweltgerichtshof unter dem Dach der UN. In
143 jedem Fall brauchen wir eine globale Abgabe auf die Extraktion von Kohle, Öl und Gas, die
144 dem Warschau Mechanismus für Loss & Damage zu Gute kommen sollte und somit den
145 ärmsten Opfern des Klimawandels.

146

147 *Abkehr vom Wachstumsdogma*

148 Nirgends wird die Schimäre des grenzenlosen Wachstums in einer begrenzten Welt so
149 deutlich wie in der Bedrohung durch die Klimakrise. Wenn es der Weltgemeinschaft nicht
150 gelingt, den Raubbau an diesen Ressourcen zu stoppen, zerstört der Hunger der
151 Wachstumswirtschaft ungebremst weiter das ökologische und soziale Gleichgewicht. Wir
152 Grüne haben das alte Wachstumsdogma schon immer kritisiert. Ein erster Schritt ist dabei
153 eine Abkehr vom BIP als Indikator für gesellschaftlichen Wohlstand. Eine bloße Addition des
154 monetären Werts aller Produkte und Dienstleistungen ist ein zu simples Instrument. Eine
155 lebenswerte Umwelt und eine freie, egalitäre, gerechte Gesellschaft müssen einen höheren
156 Stellenwert bekommen als die ressourcenintensive Produktion von kurzlebigen "Gütern".
157 Die Spekulation an den internationalen Lebensmittelbörsen und die kriminellen Geschäfte
158 mit Klimazertifikaten sind Warnsignale, dass Marktwirtschaft ohne soziale und ökologische
159 Leitplanken in die Sackgasse führt. Denn die "unsichtbare Hand" zahlt nie die Rechnung!

160

161 **Die Agrarwende auch international vorantreiben**

162

163 Momentan ist der Landwirtschaftssektor trotz über 60 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro
164 Jahr allein in Deutschland von Klimaverpflichtungen ausgenommen. Das wollen wir ändern:
165 Mit Klimaschutzgesetzen in Bund und Ländern wollen wir konkrete Ziele auch für die
166 Landwirtschaft vorgeben. Die müssen auf einer sorgfältigen Erfassung der
167 Treibhausgasemissionen in diesem Bereich fußen, die bisher noch fehlt.

168 Um diese Verpflichtungen zu erreichen, wollen wir zunächst die weitere Exportorientierung
169 gerade im Fleischsektor und damit die Ausdehnung der industriellen Tierhaltung in
170 Deutschland stoppen sowie die Tierhaltung wieder an die Fläche binden. Dazu gehört für
171 uns auch, den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, welche für das Klima schonender
172 ist, finanziell stärker zu unterstützen.

173 Für die kommende Runde der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gilt: Subventionen müssen
174 endlich an Leistungen gebunden und anhand nachhaltiger Kriterien vergeben werden. Der
175 Schutz des Bodens muss zur Leitlinie der Agrarpolitik werden. Damit sollen jene Bäuerinnen
176 und Bauern entlohnt werden, die konsequent klima-, umwelt- und tierfreundlich wirtschaften.
177 Boden kann entweder Kohlenstoff speichern oder ausstoßen, je nachdem wie er behandelt
178 wird.

179

180 *Agrarökologie stärken*

181 Die industrielle Landwirtschaft trägt auch global massiv zu den Treibhausgasemissionen
182 und zu Hunger und Armut bei. Umgekehrt stellen die Klimakrise und ihre Folgen eine
183 enorme Herausforderung für Bäuerinnen und Bauern gerade im Globalen Süden dar. Die
184 Umsetzung des Rechts auf Nahrung ist daher zugleich der Schlüssel zur globalen
185 Agrarwende, zur Überwindung des Hungers und zur Vermeidung der Klimakrise. Die
186 deutsche und europäische Entwicklungspolitik muss sich im Bereich ländliche Entwicklung
187 und Ernährungssouveränität vor allem auf Kleinbäuerinnen und -bauern, Kleinfischerinnen
188 und -fischern und Landlose ausrichten. Wissens- und Know-How-Transfer, Infrastrukturhilfe
189 und Marktintegration sollen sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Die sogenannte
190 „Climate-Smart Agriculture“ ist hier nicht hilfreich, da sie auf eine Abgrenzung von
191 fragwürdigen landwirtschaftlichen Praktiken verzichtet.

192 Die Anpassung an den Klimawandel in der Landwirtschaft erfordert die Unterstützung einer
193 standortangepassten, ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft anstelle der Ausrichtung auf
194 Monokulturen und Gentechnik für das Exportgeschäft. Die Agrarwende kann international
195 aber nur gelingen, wenn Mittel kohärent im Sinnes der Agrarökologie vergeben werden: Das
196 heißt zum Beispiel konkret für den Green Climate Fund, dass Armutsreduzierung,
197 Ernährungssouveränität, nachhaltige Ressourcennutzung und „Ownership“ zentrale
198 Kriterien bei der Mittelvergabe sein müssen.

199

200 Die Beanspruchung von Flächen in anderen Erdteilen für die Erzeugung von Futtermitteln
201 und Energieträgern führt zu einem nicht akzeptablen ökologischen Fußabdruck. Land und

202 Bodenfruchtbarkeit sind knappe und kostbare Ressourcen: fossile Energieträger können
203 deshalb nur in sehr begrenztem Maße durch landwirtschaftliche Energiepflanzen ersetzt
204 werden. Energieeffizienz und Einsparung müssen daher die oberste Priorität der
205 Energiewende sein. Notwendig ist eine klare Definition von klimafreundlicher
206 Landwirtschaft
207

208 *Böden, Wälder und Moore besser schützen*

209 Die Einbindung von landwirtschaftlichen Böden und Wäldern in die internationalen
210 Kohlenstoffmärkte lehnen wir ab. Dies würde Flächenkonkurrenzen und Landkonflikte in
211 Entwicklungsländern verschärfen sowie ambitionierten Klimaschutz in Industrieländern
212 weiter verwässern. Wir brauchen aber internationale Aktivitäten gegen die Abholzung und
213 Übernutzung der Wälder, in Absprache mit den dort lebenden indigenen Gesellschaften.
214 Hierbei müssen Mittel für eine entsprechende Überwachung bereitgestellt werden.
215 Zusätzlich sind internationale Programme zur Wiederaufforstung von Wäldern und zur
216 Bewaldung degradierter und von Desertifikation bedrohter Gebiete erforderlich. Die
217 Landwirtschaft dient in erster Linie der Ernährungssicherheit und nicht Klimawandel zur
218 Kompensation von Emissionen aus anderen Wirtschaftssektoren. Die Ernährung der
219 Menschen muss immer Vorrang haben vor der Verwendung von Biomasse als Futtermittel
220 oder zur Energiegewinnung (food first).

221 CO₂-Senken müssen besser geschützt und vor allem wiederhergestellt werden. Wir fordern
222 die Unterschutzstellung aller noch nicht geschützten Gebiete mit Moorböden, sowie deren
223 Wiedervernässung und eine klimaneutrale Nutzung/Pflege der Pufferflächen, z.B. als
224 Streuwiesen oder Dauergrünland. Dringend notwendig ist ein Verbot der Torfverwendung –
225 gleichgültig, ob in Deutschland oder anderen Ländern abgebaut – sowie eine sofortige
226 Einstellung aller Subventionen zur Entwässerung oder nicht klimaneutralen Nutzung
227 organischer Böden.

228 Humus spielt für die Kohlenstoffspeicherung ebenfalls eine ungeheuer große Rolle. Die
229 Vergabe von Agrarsubventionen muss sich daher zusätzlich an der Entwicklung von
230 Humusschichten messen und bemessen lassen. Dies stärkt nicht nur Biodiversität und
231 biologische Landwirtschaft, sondern leistet auch einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz.
232

233 *Pflanzliche Nahrungsmittel stärken, Lebensmittelverschwendung eindämmen*
234 Unsere Ernährung ist in Deutschland für über 20Prozent der Treibhausgasemissionen
235 verantwortlich. Davon entfallen knapp 70 Prozent auf tierische Produkte, die insbesondere
236 durch die sogenannte Veredelung viel stärker zum Klimawandel beitragen als pflanzliche
237 Lebensmittel. Eine klimagerechte Agrarwende kann deshalb nicht ohne eine
238 Ernährungswende funktionieren. Sie muss zum Ziel haben, den Anteil von Fleisch und
239 Milchprodukten an unserer Ernährung zugunsten von pflanzlichen Produkten zu reduzieren.
240 Klimaschutz geht damit Hand in Hand mit gesünderer Ernährung, Tierschutz, reduziertem
241 Flächenverbrauch auch in Ländern des Globalen Südens und Umweltschutz.

242
243 Auch die Verschwendung von Lebensmitteln trägt unmittelbar zum Klimawandel bei. Für die
244 Lebensmittel, die wir wegwerfen, werden wertvolle Flächen beansprucht und bei ihrer
245 Produktion fallen Treibhausgasemissionen an. Wir werden daher Maßnahmen ergreifen, die
246 die Lebensmittelverschwendung eindämmen.

247

248 **Dichter, Denker, Klimaschützer! Deutschland kann und muss beim** 249 **Klimaschutz voran gehen!**

250

251 Als eine der größten Industrienationen steht die Bundesrepublik in der Verantwortung für
252 den internationalen Klimaschutz. Wenn Deutschland die Transformation zu einer
253 klimaneutralen Gesellschaft schafft, ist das für andere ein großer Ansporn: Wir schaffen das
254 auch! Anspruch deutscher Politik muss es sein, endlich Exportweltmeister in Sachen
255 Klimaschutz zu werden.

256

257 Derzeit hat die deutsche Energiewende Tempo und Strahlkraft verloren. Im Vergleich zu
258 anderen Ländern fällt der Ausbau der Erneuerbaren mittlerweile bescheiden aus. Das liegt
259 auch daran, dass die schwarz-rote Bundesregierung den weiteren Ausbau der
260 Bürgerenergie verhindert, den Netzausbau bremst und Braun- und Steinkohle unter
261 Bestandsschutz stellt. Im Verkehrs- und im Wärmesektor herrscht Stillstand. Für neuen
262 Schwung beim Klimaschutz muss es ein Klimaschutzgesetz mit ambitionierten
263 CO₂Reduktionszielen für jeden Sektor geben. Dieses wollen wir mit einem engen Monitoring
264 begleiten: Wenn die Zwischenziele nicht erreicht werden, muss es automatische
265 Maßnahmen wie ordnungsrechtliche Instrumente, Steuerreformen und Anreizprogramme
266 zur CO₂-Reduzierung geben.

267

268 ***Raus aus der Kohle - Rein in die Erneuerbaren – Runter mit der***
269 ***Energieverschwendung!***

270 Wir bekräftigen die grüne Forderung, bis 2030 den Umstieg auf nahezu 100 Prozent Strom
271 aus Erneuerbaren Energien anzustreben und fordern einen schrittweisen Ausstieg aus der
272 klimaschädlichen Kohleverstromung. Braun- und Steinkohle sind der Bremsklotz der
273 Energiewende und für den Löwenanteil der Emissionen der Energiewirtschaft
274 verantwortlich.

275 Wir setzen uns für CO₂-Grenzwerte für Kraftwerke ein, um so eine ambitionierte,
276 rechtssichere und sozialverträgliche Abschaltung aller Kohlekraftwerke bis 2030 zu
277 ermöglichen.

278

279 "Power to the People" ist Leitbild unserer Energiepolitik. Wir wollen die Bürgerenergiewende.
280 In Deutschland konnte die Energiewende auch deshalb so rasch Schwung aufnehmen, weil
281 sie durch die Menschen getragen wurde. Für Unternehmen und Investoren sind niedrige
282 Renditen nicht attraktiv - Bürgerinnen und Bürger schreckt eher bürokratischer Aufwand.
283 Wir setzen uns daher weiterhin für einfache Lösungen zur Einbindung vieler kleiner
284 dezentraler Einheiten ein, denn sowohl die Akteursvielfalt als auch die Dezentralität erhöhen
285 die Sicherheit und Demokratisierung unserer Energieversorgung. Wir können und wollen
286 den Umbau des deutschen und europäischen Energiesystems nicht auf das Tempo der
287 großen Monopolisten reduzieren.

288

289 Die besten Emissionen sind die, die es nicht gibt. Ohne eine erhebliche Senkung des
290 Gesamtverbrauchs ist der Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare fast nicht erreichbar.
291 Energieeinsparung und -effizienz sind daher effektiver Klimaschutz und müssen endlich
292 gesetzlich besser gefördert werden. Das private Engagement in diesem Bereich wollen wir
293 durch Unterstützung von Effizienzgenossenschaften und Energiespar-Bürgerprojekten
294 sowie Beratung und sozialer Abfederung stärken.

295 Die Vernetzung von Strom, Wärme und Mobilität sowie die Einbindung von Speichern sind
296 noch mit erheblichen Hürden belastet, die dringend abgebaut werden müssen.

297

298 ***Follow the money: Ökosteuer anpassen und Divestment voranbringen!***

299 Der Anteil der Ökosteuer und anderer Ressourcensteuern an den gesamten
300 Produktionskosten ist durch die Inflation und fehlende Weiterentwicklung erheblich
301 gesunken. Angesichts niedriger Marktpreise fossiler Energieträger ist es mehr als

302 notwendig, die Ökosteuersätze anzupassen. Wir plädieren hier für die adäquate Entlastung
303 des Faktors Arbeit, der fast zwei Drittel des bundesdeutschen Steuer- und
304 Abgabenaufkommens trägt sowie gegebenenfalls für weitere steuerpolitische Maßnahmen,
305 um sicherzustellen, dass eine
306 Anpassung der Ökosteuer nicht zulasten Geringverdienender, Alleinerziehender und
307 Rentnerinnen und Rentner geht. Dann bringt die Ökosteuer eine dreifache Dividende:
308 Effektiven Klimaschutz, Entlastung der Arbeitskosten und Innovationsförderung für
309 Effizienzmaßnahmen und nicht-fossile Energien.

310

311 Um den Klimakollaps zu verhindern, müssen mindestens zwei Drittel der bekannten fossilen
312 Energieträger bleiben, wo sie sind: im Boden. Damit sind die Aktien fossiler Unternehmen
313 die diese Reserven halten und vollumfänglich verbrennen oder verkaufen wollen völlig
314 überbewertet. Würden alle bekannten Reserven wirklich verbrannt werden, würde das zur
315 nahezu vollständigen Auflösung des antarktischen Eises führen. Der Meeresspiegel würde
316 um über 50 Meter steigen.

317 Immer mehr Firmen, Stiftungen und Institutionen haben das moralische Dilemma einerseits
318 und die Gefahr einer "Carbon Bubble" andererseits erkannt. Sie ziehen ihr Geld aus
319 Portfolios zurück, welche in Unternehmen aus dem Öl-, Gas- und Kohlesektor investieren.
320 Wer für Klimaschutz einsteht, kann nicht gleichzeitig aus kurzfristigen Erlösen der
321 Klimazerstörung profitieren und beispielsweise durch den Kauf von Aktien immer riskantere
322 Explorationen wie Erdölbohrungen in der Arktis mitfinanzieren. Diese beiden Entwicklungen
323 gilt es zu fördern und dafür zu sensibilisieren.

324

325 Für die Politik und öffentliche oder teil-öffentliche Einrichtungen stellt sich hier eine
326 besondere Herausforderung – und Verantwortung. Sind öffentliche Gelder, wie
327 beispielsweise Pensionsrücklage, in fossilen Anlagen investiert, handelt Politik nicht nur
328 moralisch und finanziell falsch. Sie macht sich auch abhängig von Profiten aus
329 klimaschädlichen Aktivitäten und schränkt damit ihren eigenen klimapolitischen
330 Handlungsspielraum ein. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen und die finanzielle
331 Abhängigkeit vom fossilen Energiesektor zu kappen. Öffentliche Institutionen haben eine
332 demokratische Verantwortung, sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren und in Bezug auf
333 existenzielle Herausforderungen, wie den Kampf gegen die Klimakrise, handlungsfähig zu
334 bleiben.

335 Bund, Länder und Kommunen müssen daher Vermögensrücklagen und

336 Pensionsrückstellungen vollständig von fossilen Investitionen befreien. Länder mit grüner
337 Regierungsbeteiligung werden hier vorangehen. Noch wichtiger ist das Umsteuern der
338 öffentlichen Kreditinstitute: Sparkassen und Landesbanken sollten ihre eigenen Fonds
339 umschichten sowie ihre Kunden über das Risiko der Carbon Bubble aufklären.
340 Zudem wollen wir wie in Frankreich die Unternehmen dazu verpflichten, darzulegen wie ihre
341 Aktivitäten sich mit dem 2-Grad-Limit vertragen.

342
343 Damit das Uminvestieren – das Divestment aus Klimasünden und Klimaschäden das Re-
344 Investment in Klimälösungen – gelingt, müssen wir mehr Klimatransparenz in die
345 Finanzmärkte bringen und den Markt für nachhaltige Anlagen (Green Finance) stärken. Wir
346 wollen die Offenlegung der Klima- bzw. Emissionsbilanz von Investitionen weiter
347 vorantreiben (Carbon Footprinting) und bestehende ESG (Environmental, Social and
348 Governance) Kriterien um Klima- bzw. Emissionsaspekte erweitern. Solche Kriterien
349 müssen verlässlich und überprüfbar sein und Standard für öffentliche Investitionen werden.
350 So werden die Risiken fossiler Investments besser sichtbar und nachhaltige
351 Investitionsmöglichkeiten, die Grundlage für die nötige Transformation sind, gestärkt.
352

353 *Deutschlands Verantwortung für eine globale Energiewende*

354 Deutschland muss sich für eine globale Energiewende einsetzen. Kooperative
355 Unterstützung für „Entwicklungsländer“ und „Schwellenländer“ ist nötig, um deren
356 Abhängigkeit von fossilen Energieträgern überwinden zu können. Denn gerade arme Länder
357 geben kostbare Finanzmittel für die Subvention fossiler Energieträger aus. Hierfür muss die
358 deutsche Entwicklungspolitik in den Bereichen Energieeffizienz, Netzausbau und Beratung
359 für die nötigen stabilen und transparenten regulatorischen Rahmenbedingungen besser
360 aufgestellt werden, wie wir aus dem Erfolg des deutschen Erneuerbare EnergienGesetz
361 (EEG) gelernt haben. Die Bundesregierung muss zudem die internationale
362 Kohlefinanzierung umgehend beenden und in der Außenwirtschaftsförderung nur umwelt-
363 und klimaverträgliche Projekte berücksichtigen.

364

365 **Mobilität klimafreundlich machen**

366

367 Der Verkehrssektor ist in Deutschland für ein Viertel der globalen CO₂-Emissionen
368 verantwortlich, von denen wiederum drei Viertel auf den Straßenverkehr entfallen. Der

369 Verkehr hat als einziger Sektor in Deutschland seinen CO₂-Ausstoss seit 1990 nicht senken
370 können. Das liegt vor allem an massiven Wettbewerbsverzerrungen zu Gunsten
371 klimaschädlicher Verkehrsträger. Eine Reduktion ist trotz neuer, effizienterer Motoren
372 mittelfristig nicht in Sicht, denn weder das Angebot der Hersteller noch die Nachfrage der
373 Käuferinnen und Käufer lassen die dringend nötige Verkehrswende erahnen. Der weltweite
374 Flugverkehr ist heute bereits für fünf Prozent der globalen klimaschädlichen Emissionen
375 verantwortlich, Tendenz: Stark steigend.

376

377 Der motorisierte Individualverkehr muss in Zukunft eine kleinere Rolle im Gesamtsystem
378 spielen als heute. Wir wollen den öffentlichen Verkehr, den Fußverkehr, Carsharing und die
379 Fahrradmobilität zu gleich guten und gleichberechtigten Alternativen ausbauen. Den
380 verbliebenen - und gerade in ländlicheren Regionen nach wie zunächst schwer zu
381 ersetzenden - Autoverkehr wollen wir ebenso wie die Bahn komplett auf erneuerbaren
382 Energien umstellen und hierfür in den kommenden Jahren die passende Infrastruktur
383 aufbauen. Im ländlichen Raum wollen wir fossile Kraftstoffe durch erneuerbare Energien
384 (Gas, Wasserstoff, Strom) ersetzen. Alternative Antriebstechniken sind jedoch nur dann Teil
385 der Lösung, wenn ihre Lebenszyklus-Bilanz besser als die konventioneller Antriebsformen
386 ist.

387

388 Wir wollen bis 2030 alle größeren Unternehmen dazu bringen, ihren Fuhrpark komplett
389 regenerativ zu betreiben und werden bestehende Steuerprivilegien im Rahmen der
390 nächsten Stufe der ökologischen Steuerreform auch entsprechend anpassen.

391

392 Wir wollen mehr Gerechtigkeit im Verkehr und deshalb die externen Kosten internalisieren.
393 Dazu wollen wir die Besserstellung von Diesel gegenüber Benzin anpacken, da die
394 Verbrennung von Diesel mehr CO₂ freisetzt. Zusätzlich muss das klimaschädliche
395 Dienstwagenprivileg fallen.

396

397 Fliegen gehört in einer globalisierten Welt für immer mehr Menschen zum Alltag. Doch die
398 Luftfahrt darf nicht länger der blinde Fleck beim Klimaschutz bleiben. In der EU erhalten die
399 Airlines jährlich Steuersubventionen in Höhe von 30 Mrd. Euro. Zu viele Vergünstigungen
400 und Subventionen für Fluggesellschaften haben die Nutzung des klimaschädlichsten
401 Transportmittels befördert und klimaschonende Innovationen in der Luftfahrt ausgebremst.
402 Wir fordern, dass die Steuerbefreiung für Kerosin gekippt wird, Mehrwertsteuer auf

403 internationalen Flügen – wie bereits im Bahnverkehr – erhoben wird und Flugpreise endlich
404 auch die ökologische Wahrheit sagen. Zudem muss die internationale Luftfahrt endlich voll
405 in den Emissionshandel integriert werden.

406

407 *Klimaschutz auf lokaler Ebene*

408 Klimaschutz ist nicht nur Sache der Staats- und Regierungsoberhäupter. Auch Städte und
409 Gemeinden sind zentrale Akteure im Bereich Klimaschutz. Ballungszentren sind global für
410 bis zu 80 Prozent des Energie- und Ressourcenverbrauchs verantwortlich. Sie können
411 jedoch Klimaschutzmaßnahmen wie Energie- oder Mobilitätskonzepte beschließen und
412 umsetzen und damit gleichzeitig die lokale Wirtschaft stärken. Dazu ist es aber erforderlich,
413 dass diese Investitionen in eine lebenswerte Zukunft nicht durch Schuldenbremsen und
414 Kommunalaufsicht verhindert werden. International wollen wir europäische und
415 internationale Netzwerke des Austausches von Best Practices wie beispielsweise den
416 „compact of mayors“ oder Konzepte wie CO₂ freie Städte (transition towns) stärken. Alle
417 Beispiele zeigen: Lokaler Klimaschutz verbessert auch die Lebensqualität für Bürgerinnen
418 und Bürger vor Ort!

419

420 **Europa muss beim Klimaschutz Größe zeigen**

421

422 Klimaschutz und die europäische Energiewende weg von Kohle und Atom gehören zu den
423 ganz großen Projekten unserer Zeit! Es ist verantwortungslos, dass die Staats- und
424 Regierungschefinnen und -chefs nicht an die noch relativ erfolgreiche weil verbindliche und
425 durch die Organe der EU getragene – bisherige Klima- und Energiepolitik anknüpfen.
426 Vielmehr dealen sich die Staats- und Regierungschefs derzeit einen faulen Kompromiss
427 nach dem nächsten zurecht und Angela Merkel mischt ganz groß mit.

428

429 So sollen die EU-internen Treibhausgasemissionen bis 2030 nur noch um 40 Prozent im
430 Vergleich zu 1990 reduziert werden. Noch dramatischer sieht es beim Ausbau der
431 Erneuerbaren und der Energieeffizienz aus: Hier liegen die unverbindlichen Ziele mit gerade
432 mal 27 Prozent deutlich unter dem Machbaren. Damit wird das internationale Ziel, die
433 Erderwärmung auf 2,0 bzw. 1,5 Grad zu begrenzen deutlich verfehlt. Europa kann und sollte
434 seinen Energiebedarf bis zur Mitte des Jahrhunderts zu 100 Prozent aus Erneuerbaren
435 decken. Daher fordern wir Grüne verpflichtende Ziele von 40 Prozent Energieeinsparung,

436 45 Prozent Erneuerbaren und 55 Prozent Emissionsminderung bis 2030. Nur so sind wir
437 groß in Sachen Klimaschutz!

438
439 Nach Schätzungen der „internationalen Organisation für Migration“ werden aufgrund des
440 anthropogenen Klimawandel bis 2050 ungefähr 200 Millionen Menschen migrieren und
441 Viele davon werden ihr Land verlassen müssen. Die Ursachen liegen etwa in
442 Klimawandelbedingtem Ernteausfall, Naturkatastrophen und dem Meeresspiegelanstieg,
443 wobei die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen im globalen Süden zu finden. Um
444 der historischen Verantwortung des Globalen Nordens gerecht zu werden, bedarf es einer
445 europäischen Initiative für die völkerrechtliche Anerkennung von Klimamigrantinnen und
446 migranten.

447 *Weg aus der Kleinstaaterei*

448 Die EU-Kommission und das Europäische Parlament werden derzeit faktisch entmachtet.
449 Während die Kommission nur noch den Schiedsrichter geben darf, bleibt das Parlament
450 komplett außen vor. Für uns ist klar: Klimaschutz kann in einem vereinten Europa keine
451 Frage von Freiwilligkeit und dem guten Willen der Regierungschefinnen und -chefs sein. Wir
452 fordern eine verbindliche, transparente und vor allem ehrgeizige europäische Klimapolitik.
453 Diese muss in der Gemeinschaftsmethode und ohne Vetomöglichkeit einzelner
454 Mitgliedstaaten gestaltet werden. Mitgliedsstaaten, die gar nicht oder zu wenig zum
455 Erreichen der Klimaziele beitragen, müssen dafür in Haftung genommen werden können.
456 Sowohl das Europäische Parlament als auch die Kommission sollten die Höhe von
457 möglichen Bußgeldern festlegen.

458
459 Nationale Energiepolitik war gestern: Europa ist vereint in der Vielfalt erneuerbarer
460 Energiequellen. Um den dringenden Ausstieg aus Kohle und Atom zu realisieren, fordern
461 wir nachhaltige Gemeinschaftsinvestitionen in Energienetze, in Energieeffizienz, in
462 Erneuerbare Energien sowie den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher
463 Subventionen.

464 Damit ein besserer Markt für Erneuerbare entstehen kann, müssen wir endlich Ernst machen
465 mit einer wirklichen Energieunion und eine tragfähige und „smarte“ Infrastruktur schaffen,
466 die uns besser verbindet, und so den regional in unterschiedlicher Stärke produzierten
467 Strom aus Erneuerbarer Energie transportieren kann. Darauf muss Europas
468 Infrastrukturfokus liegen, anstatt auf dem Bau neuer Pipelines, die unsere energiepolitische
469 Abhängigkeit gegenüber Russland und anderen fossilen Energieträgern verschlimmern und

470 unsere Bemühungen um eine Emissionsreduzierung torpedieren. Das europäische
471 Beihilferecht müssen wir als ökologischen Katalysator einsetzen. Projekte aus dem Bereich
472 der Erneuerbaren Energien, der Energie- und Ressourceneffizienz müssen a priori grünes
473 Licht erhalten. So können wir nötige Investitionen in Nachhaltigkeit beschleunigen und
474 fördern.
475

476 *Emissionshandel von Grund auf überholen*

477 Dass der Emissionshandel sein Ziel krachend verfehlt, offenbart die Schwäche von
478 marktbasierten Instrumenten. Der europäische Emissionshandel muss über die Einführung
479 der Marktstabilitätsreserve hinaus reformiert werden, am einfachsten und wirkungsvollsten
480 durch sofortige Stilllegung von zwei Milliarden Zertifikaten und einen schrittweise
481 ansteigenden CO₂-Mindestpreis. Bis zu dessen Implementierung wollen wir einen
482 nationalen Mindestpreis einführen. Der Emissionshandel muss zudem stärker kontrolliert
483 und vor Betrug geschützt werden. Er soll ja keine zusätzlichen Gewinne für die Industrie
484 schaffen, sondern zu mehr Klimaschutz anreizen! Dafür muss er schneller auf konjunkturelle
485 Schwankungen reagieren können.

486 Zudem muss geprüft werden, wie außereuropäische Emissionen der Produkte und ihrer
487 Transportwege von Importgütern berücksichtigt werden können. Denn in der herkömmlichen
488 Berechnung wird nicht berücksichtigt, dass der Globale Norden einen relevanten Teil seiner
489 CO₂-verursachenden Produktion in Drittstaaten ausgelagert hat.
490

491 *Ohne Ehrlichkeit kein Klimaschutz*

492 Grüne Politik ist ehrlich. Und die Ehrlichkeit gebietet deutlich einzuräumen, dass unsere
493 gesetzten Ziele einerseits immer noch zu knapp gerechnet sind, andererseits aber auch
494 diese Ziele ohne große Anstrengungen nicht erreichbar sein werden. Der durchschnittliche
495 CO₂-Fußabdruck der Deutschen beträgt jährlich 11 Tonnen CO₂ pro Kopf, während maximal
496 zwei Tonnen CO₂ pro Kopf global gesehen nachhaltig wären. Das heißt wir leben Jahr für
497 Jahr auf Kosten anderer im Verhältnis fünf zu eins. Wenn wir daran nichts massiv ändern,
498 bleiben alle Beschlüsse Sonntagsreden. Unsere größte Aufgabe in den nächsten Jahren
499 wird es sein, diese Erfordernisse zu kommunizieren und damit zu überzeugen, dass
500 klimaverträgliches Verhalten keine Qual ist, sondern Über-Lebensqualität für alle bedeutet.
501